23. Jahrg. / Heft 1 - April 2021

Elbkurier

Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg

Weitere Lockerungen durch Impfen und Testen möglich machen

Die Politik in Deutschland und Europa steht unter dem Bann des Corona-Virus. Alle politischen Ebenen befinden sich seit gut einem Jahr praktisch in einem Ausnahmezustand. Der Krisenmodus scheint kein Ende zu nehmen.

Die betroffenen Behörden und Einrichtungen des Gesundheitssystems und die Pflegekräfte ächzen unter der Last der Pandemie mit der ständigen Anpassung an neue Erkenntnisse und neue Situationen in dieser kritischen Lage. Kreisvorsitzender Tobias Krull ist sich sicher, dass die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen auch bedeutet, zwischen den unterschiedlichen Argumenten abzuwägen. Dabei haben Experten auf dem jeweiligen Gebiet häufig unterschiedliche Meinungen. Auch die Folgen der Beschlüsse müssen immer als Gesamtkomplex mitgedacht werden. Krull: “Es ist unabdingbar, dass getroffene Entscheidungen verlässlich umgesetzt werden. Die Nachvollziehbarkeit, wie Beschlüsse gefasst worden sind und wann welche Maßnahmen erfolgen, muss klar gegeben sein. Hier muss man selbstkritisch feststellen, dass dies nicht immer optimal gelaufen ist.“

Dennoch zeigt sich der CDU-Kreisvorsitzende optimistisch, weil der überwiegende Teil der Menschen in unserem Land durch ein verantwortungsvolles Verhalten dazu beigetragen hat, die aktuelle Lage bestmöglich zu bewältigen.

Krulls Fazit: „Auf allen Ebenen der Politik sind wir gefordert, dieses Vertrauen durch verlässliches Handeln zu rechtfertigen. Dann kann es gelingen, dass unser Land gestärkt aus dieser Krise hervorgeht.“

Anstelle eines Dauer-Lockdowns ist der Bundestagsabgeordnete Tino Sorge ein Befürworter differenzierter Konzepte für regionale Öffnungen von kulturellen Stätten über Gastronomie oder Handel. Im Bundestag setzt sich der Magdeburger Gesundheitspolitiker dafür ein, dass die Impf- und Testangebote weiter massiv ausgeweitet werden: „So könnten Restaurants, Geschäfte und Kultur viel früher öffnen. Impfen und Testen sind der Weg aus dem Lockdown.“

Das Schnelltesten ist für Sorge ein wichtiges und alltagstaugliches Instrument, um Neuinfektionen früh zu erkennen und zugleich Spielraum für Lockerungen zu schaffen. Zusätzlich zu regelmäßigen Tests in Pflegeheimen oder Schulen sind inzwischen auch Unternehmen dazu angehalten, ihren Beschäftigten unentgeltlich Schnelltests zur Verfügung stellen. Ebenso sind kostenlose Tests für die breite Bevölkerung vorgesehen. Kritisch bemerkt Sorge dazu:

„Auch wenn diese Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, halte ich unsere Bürokratie für zu behäbig, wir sollten Gas geben bei der Umsetzung der Tests und nicht, wie allzu häufig, der Bremser sein.“

Auch beim Impfen sieht der stellvertretende Kreisvorsitzende Tino Sorge viel Luft nach oben. Sowohl die Liefermengen als auch die Zahlen verimpfter Dosen steigen zwar kontinuierlich. „Sollte es aber zum Beispiel bei der Terminvergabe stocken, sollten wir unsere Impflogistik so flexibel gestalten, dass die Impfpriorisierungen vorübergehend ausgesetzt werden können. Es wäre völlig unsinnig, wenn vorhandene Impfdosen ungenutzt blieben“, so der Bundestagsabgeordnete.

Wie schnell wir beim Impfen vorankommen, hänge laut Sorge nicht zuletzt auch davon ab, wie schnell die Ärzte in den Hausarztpraxen eingebunden werden.

Tino Sorge: „Die Hausärzte sollten auch ohne Impfpriorisierung nach ärztlichem Ermessen impfen können. Wir sollten den Ärzten mehr Vertrauen und Flexibilität einräumen, ... *weiter Seite 4*

Aus dem Inhalt

Jürgen Leindecker: „Herz-Jesus-Marxist“ blickt zurück auf das Erreichte

Im Interview

Seite 2

Brehmer und Haseloff als Spitzenkandidaten gewählt

Seite 5

Wir verstärken unsere Gesundheitsämter

Seite 6

Den Herausforderungen der Zukunft zuwenden mit aller Kraft

Seite 7

Impfschutz kommt für viele aus Sachsen-Anhalt

Seite 16

„Herz-Jesu-Marxist“ blickt mit Stolz zurück auf das Erreichte

Elbkurier: Herr Leindecker, nach knapp 27 Jahren verlassen Sie den Städte- und Gemeindebund. Welche Gedanken und Gefühle haben Sie da im Rückblick auf diese bewegte Zeit?
Leindecker: Ja, es sind insgesamt gut zweieinhalb Jahrzehnte als Landesgeschäftsführer und Erster Beigeordneter. Wer auf eine solche Zeit nicht mit einer inneren Wehmut zurückblickt, der hat seine Aufgabe nicht mit Herzblut gemacht. Man ist in einer solchen Position nicht Verwalter, sondern Akteur. Das kann man nicht mit dem Weg in den Ruhestand einfach abschütteln.

// Das Kribbeln der Wendezeit

Elbkurier: Was hat Sie denn bewogen, von Hessen nach Sachsen-Anhalt zu kommen?
Leindecker: Die Wiedervereinigung war eine epochale Zeitenwende in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wen es da nicht in den Fingern gekribbelt hat, mitzuwirken und zu gestalten, der hatte sich im Prinzip aufgegeben. Am Anfang hatte ich verschiedene Vorstellungsrunden in Sachsen und Thüringen, aber Sachsen-Anhalt war dann einfach schneller und zuverlässiger. Die Verabredungen sind eingehalten worden.
Elbkurier: Das war ja sicher ein großer Unterschied zum Hochtaunuskreis, von dem aus Sie nach Sachsen-Anhalt versetzt wurden?
Leindecker: Natürlich war das ein großer Unterschied. Die Wohnverhältnisse waren eben in der DDR über weite Bereiche nicht vergleichbar mit Westdeutschland und da musste man auch Einschränkungen hinnehmen. Für mich und meine Mutter war am schwierigsten, dass im Jahr 1992 mein Vater im Sterben lag und ich trotzdem den Weg nach Ostdeutschland gegangen bin. Er war natürlich stolz darauf, als ich eine Urkunde als „Regierungsdirektor“ mit nach Hause brachte. Meine Mutter hat in dieser Zeit übermenschliche Leistungen erbracht.
Elbkurier: Waren Sie in Westdeutschland auch kommunalpolitisch tätig?
Leindecker: Ja, das hat schon früh begonnen. Seit 1972 war ich bei JU und CDU aktiv. Wir haben uns damals vor allem mit Umweltpolitik befasst, in einer Zeit über den Klimawandel gesprochen, als noch niemand die Veränderungen zur Kenntnis genommen hat. Ein Professor der Uni Frankfurt hat schon 1973/74 darauf hingewiesen, dass es bald in unserer Heimat keinen Schnee mehr geben würde.
1988 bis 1992 haben wir die erste Eisenbahnstrecke in Deutschland, die Taunusbahn, kommunalisiert. Ein gelebtes Projekt für Klimaschutz, das im Wesentlichen von fünf CDU-Kommunalpolitikern initiiert wurde, teilweise gegen die Bundesbahn. Der Erfolg war so umwerfend, dass das Projekt bundesweit zum Piloten wurde.

// Zersplitterung der Parteienlandschaft

Elbkurier: Aber Kommunalpolitik ist ja nicht nur Administration und Grenzen, oder?
Leindecker: Nein – gute Administration erleichtert Kommunalpolitik, aber entscheidend sind die Menschen, die kommunal gestalten und da können wir an den starken Kommunalpolitikern ablesen, wie gut es einer Stadt oder Gemeinde gehen kann. Ein häufiger Wechsel im Amt des Bürgermeisters ist dabei ebenso schädlich, wie ein zerstrittener Stadtrat, der sich nicht auf ein Minimum von Gemeinsamkeiten einigen kann.
Mir macht die zunehmende Zersplitterung der kommunalen Parteienlandschaft Sorge. Ich denke, gerade vor dem Hintergrund funktionsfähiger Städte und Gemeinden wird man darüber nachdenken müssen, eine 3- oder 5-Prozent-Klausel bei Kommunalwahlen wieder einzuführen. Stadtratstätigkeit ist nicht das Vertreten von Partikularinteressen, sondern eine ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne des Gemeinwohls!
Elbkurier: Und der Hauptverwaltungsbeamte ...
Leindecker: ... muss gestärkt werden in seinen Funktionen. Ein direkt gewählter Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landrat ist das Gesicht seiner Stadt, seiner Gemeinde, seines Landkreises. Ihn dann von Zufallsmehrheiten abhängig zu machen, heißt, dass er sein Gesicht leicht verlieren kann und das ist für die Glaubwürdigkeit der Politik und das Ansehen einer Gemeinde nicht gut.
Elbkurier: Und die kreisfreien Städte wie Magdeburg?
Leindecker: Die Oberzentren sind Leuchttürme der Landesentwicklung. Sie stehen im Wettbewerb der Regionen in Deutschland, aber auch in Europa. Wenn man diese nicht stärkt, nutzt das weder kleinen Gemeinden noch dem Land. In Ballungszentren sind die Oberzentren Kristallisationsfaktoren für erfolgreiche Regionalentwicklung. Deshalb sind Magdeburg, Halle und Dessau für Sachsen-Anhalt so wichtig.
Die rasante Aufbauarbeit, die wir mit Gert Hoffmann Anfang der Neunziger Jahre im Raum Dessau an den Tag gelegt haben,

wirkt in der Region auch gesellschaftlich noch heute nach.
Wir haben damals die Gesellschaft der Freunde des Dessau-Wörlitzer Gartenreichs gegründet, die Kurt-Weill-Festspiele aus der Taufe gehoben, die Ansiedlung des Umweltbundesamts vorbereitet, das Biosphärenreservat Mittlere Elbe maßgeblich mit unterstützt und die Bauhausstätten der ersten großen Sanierung zugeführt. In Dessau bündelt sich die Weltkultur, wie an kaum einem anderen Platz in Deutschland.

// Sachsen-Anhalt hat eine einzigartige Kulturlandschaft

Elbkurier: Aber Sachsen-Anhalt hat überhaupt sehr viel an Geschichte, an Kultur und an Weltkulturerbe zu bieten ...
Leindecker: Ja natürlich, Sachsen-Anhalt hat eine nahezu einzigartige Kulturlandschaft in der Welt. Magdeburg ist die Wiege des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Bis 1631 war Magdeburg eine der größten deutschen Städte. Die Geschichte der Stadt ist einzigartig. Halle – vom Zweiten Weltkrieg weitgehend verschont – entwickelt sich mit seinen Winkeln und Gässchen zu einer lebenswerten Großstadt. Quedlinburg, Ballenstedt, Tangermünde, Wittenberg ... alles Leuchttürme der deutschen Geschichte.
Elbkurier: Aber dieses großartige Erbe muss erhalten und gepflegt werden. Das kostet!
Leindecker: Eines haben alle Städte gemeinsam: die wirtschaftlichen Strukturen nach der Wende haben sich nur unzureichend entwickelt, um solche bedeutenden Kulturstätten dauerhaft finanzieren zu können. Viele Städte leben von einem

Magdeburg muss sich nicht dem Westen angleichen, sondern seinen eigenen Weg gehen. Das ist eine der Botschaften des scheidenden Landesgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes Sachen-Anhalt, Jürgen Leindecker, im Interview mit Wilfried Köhler. *Fotos: Birgit Uebe*

oder wenigen Gewerbesteuer-Zahlern und wenn diese Probleme haben, bricht das finanzielle Geflecht zusammen. Die steuerrechtlichen Änderungen um das Jahr 2000 haben zudem die Verlässlichkeit der Gewerbesteuer generell untergraben.

Mangelnde Finanzausstattung ist böse Realität

Wenn wir in den letzten Jahren vom Städte- und Gemeindebund immer wieder über die mangelhafte Finanzausstattung geklagt haben, war das kein Selbstzweck, sondern die böse Realität, die Landes- und Bundespolitik in weiten Bereichen nicht zur Kenntnis nahmen.

Elbkurier: Deutschland befindet sich in einem Superwahljahr. Was erwarten Sie von den Landtagswahlen am 6. Juni in Sachsen-Anhalt?

Leindecker: Ich hoffe vor allem auf stabile Verhältnisse und langfristige Perspektiven für die Kommunen, ebenso wie für die Wirtschaft. Wir haben nach wie vor Nachholbedarf bei den Industrie-Arbeitsplätzen. Da müssen die Rahmenbedingungen stimmen, damit wir allein den Strukturwandel in der Autoindustrie stemmen können.

Elbkurier: Und was erwarten Sie von der Bundestagswahl – gerade in der Zeit der Pandemie?

Die wichtigste Herausforderung an die Bundespolitik ist, in den „sozialen Frieden" zu investieren. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinandergehen. Ich gehöre ja zu den sogenannten „Herz-Jesu-Marxisten", wie man uns von der CDA genannt hat. Die Bundespolitik muss die Rahmenbedingungen für die Menschen verbessern, die den Staat tragen: Arbeiter, Angestellte, Beamte, den Mittelstand, die Freiberufler!

Dagegen müssen die weltweiten Internet-Konzerne an die Kette genommen werden, so wie uns das die Regierung in Australien gerade vormacht. Was die Pandemie anbetrifft, dürfen wir von der Politik nicht zu viel verlangen. Nur wenn wir als Gesellschaft insgesamt zusammenstehen, können wir die Pandemie überwinden.

Elbkurier: Magdeburg steht ja auch vor einer Zeitenwende mit der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Wie ist Ihre Wahrnehmung?

Leindecker: Tatsächlich, das ist eine Zeitenwende. Magdeburg hatte ja den großen Vorteil, mit Willi Polte und Lutz Trümper zwei Oberbürgermeister gehabt zu haben, die in langen Sequenzen die Stadtentwicklung bestimmen konnten. Das hat der Stadt gutgetan. Jetzt gilt es fortzusetzen, was an Grundlagen geschaffen worden ist. Wichtig ist, dass Stadtverwaltung, Stadtrat und der neue Oberbürgermeister einen konstruktiven Weg der Zusammenarbeit finden. Die Stadt steht im Wettbewerb mit vielen anderen Oberzentren und da gilt es, Geschichte und Zukunft miteinander zu vereinen.

Elbkurier: Hat Magdeburg eine Chance mit ‚dem Westen' gleichzuziehen?

Ich glaube, das ist gar nicht erforderlich. Die Stadt hat ihren eigenen Charakter. Sie hat ein lebenswertes Umfeld und bietet eine reichhaltige Kultur. Darauf kann man bauen. Man muss sich nicht dem Westen angleichen, sondern die Stadt muss ihren eigenen Weg gehen und der ist für Magdeburg und die Menschen in Magdeburg vielversprechend.

Elbkurier: Was halten Sie denn von der Idee des Wiederaufbaus von Teilen der Magdeburger Altstadt, wie sie Alt-OB Willi Polte befördern will?

Leindecker: Also das ist eine ganz tolle Idee und ich habe Willi Polte darin bestärkt, das Projekt nachhaltig weiter zu betreiben. Es gibt bei den Städtebauern und Architekten zwei große Strömungen. Einerseits jene, die diesen „neuen Historismus" entschieden ablehnen, andererseits diejenigen, die ihn ebenso entschieden befürworten. Ich will da gar nicht in die akademische Diskussion einsteigen. Für mich ist entscheidend, dass die Bürger und die Besucher einer Stadt sich mit einem solchen Wiederaufbau identifizieren. Das haben wir in Frankfurt am Main erlebt und in der Partnerstadt Braunschweig, wo das Schloss der Stadt eine neue Seele gegeben hat. Ich meine, die Kritiker solcher Projekte haben sich selbst ins Abseits gestellt, weil die Bürger ihnen nicht folgen. Und ganz ehrlich: Warschau und Danzig sind wieder aufgebaute Städte – eine tolle Leistung der Polen!

Viele engagierte Frauen in der Kommunalpolitik

Elbkurier: Gibt es Dinge, die sie in den letzten 30 Jahren besonders beeindruckt haben?

Leindecker: Ja natürlich – die Menschen, die ich hier getroffen habe. Die Menschen, die nach 1990 angepackt haben, ihre Heimat neu zu gestalten. Damals gab es fast 1500 Gemeinden und in vielen sehr engagierte Kommunalpolitiker. Übrigens sehr viele engagierte Frauen, die als Bürgermeisterinnen nach 1990 angefasst haben. Man läuft leicht Gefahr, wenn man einen Namen nennt, andere in den Schatten zu stellen.

Ich denke, gerade die Kommunalpolitiker in Sachsen-Anhalt können auf hervorragende Leistungen zurückblicken. Diese zu stärken, ist die eigentlicher Herausforderung an die Landespolitik. Der Landtag und die Landesregierung müssen erkennen, welchen Schatz ihnen hier zur Obhut gegeben worden ist.

Elbkurier: Wie geht's im Ruhestand weiter?

Ich bin in verschiedenen Vereinen engagiert, werde für das Dessau-Wörlitzer Gartenreich aktiv sein, aber auch in Geschichts- und Heimatvereinen mitwirken. Mal sehen, was es da noch geben kann. Auf jeden Fall werde ich meiner Frau mehr zur Seite stehen, die in den vergangenen Jahren viele Dinge ohne mich organisieren musste.

Elbkurier: Herzlichen Dank für das Gespräch. *Wilfried Köhler*

Forts. S. 1: Weitere Lockerungen durch Impfen und Testen ...

als durch bürokratische Vorgaben Prozesse zu verlangsamen."

Die CDU-Ratsfraktion steht hinter den Maßnahmen der Stadt Magdeburg. „Wir müssen Menschen schützen", so Fraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke. Neben den enormen gesundheitlichen Risiken für die Menschen zeigt sich auch, dass die nachhaltigen Schäden enorm sein dürften. Vielen kleineren und mittleren Unternehmen, Selbstständigen und vielen anderen droht das wirtschaftliche Aus. Existenzängste werden real und Insolvenzen können schnell zur Realität werden. Dies muss die Politik mit aller Macht bekämpfen und auch auf kommunaler Ebene entschlossen handeln. Um wichtige Entscheidungen im Stadtrat nicht zu verschieben, werden die Sitzungen meist in größeren Räumen (inklusive Hygienekonzept) und mit viel Abstand durchgeführt. Aufgrund der Corona-Pandemie hat die Stadt Magdeburg im laufenden Jahr ein Minus von 30,7 Millionen Euro. Die Stadt muss bis zum Sommer Vorschläge unterbreiten, um Menschen zu entlasten und trotzdem handlungsfähig zu bleiben.

Alle Ebenen unseres Bundesstaates stehen in der Pandemie unter hohem Erwartungsdruck. Die Menschen vor dem Virus schützen, mehr testen und Lockerungen, wo immer möglich. Im Bild von links: Tobias Krull MdL, Andreas Schumann MdL und Mitglied des Stadtrates sowie Tino Sorge, MdB.

Foto: Wegener

Stadtratssitzungen in Magdeburg können live verfolgt werden

Auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses hatte die Verwaltung ein Übertragungskonzept beauftragt. Seit Januar dieses Jahres sind Sitzungen des Stadtrates live im Internet zu sehen. Egal ob in Auckland (Neuseeland) oder in Los Angeles (USA), alle Interessierte können die Debatten in Echtzeit verfolgen.

Im Ratssaal wurde dazu teure HD-Technik installiert. Drei Kameras und ein Videomischpult wurden angeschafft. Der Stream über Youtube kann zum Beispiel auf dem Smartphone, dem Tablet oder auf dem Computer abgerufen werden. Aber auch auf der Internetseite der Stadt Magdeburg (www.magdeburg.de) ist der Livestream zu finden. Bürgerinnen und Bürger können somit die Ratssitzungen live mitverfolgen und sind so in Echtzeit über wichtige Debatten und Vorschläge informiert. Auch eine extra Schulung gab es für die Beschäftigten der Verwaltung zum Einsatz der Technik.

In der Vergangenheit wurden die Ratssitzungen aufgezeichnet und später auf der Stadtseite und bei Youtube hochgeladen. Einige Sitzungen wurden durch das intensive Schneiden der Frequenzen erst nach zwei Wochen im Internet hochgeladen. Gerade in der Zeit der Digitalisierung spielt die Erreichbarkeit eine wesentliche Rolle.

Die CDU-Ratsfraktion wird demnächst auf ihrer Internetseite einen Button einführen, wo Redebeiträge zu Drucksachen, Anträgen und Anfragen aus dem Stadtrat zu sehen sind. Damit können alle CDU-Mitglieder, Bürgerinnen und Bürger die Wortbeiträge der Ratsmitglieder nachverfolgen.
(https://www.cdu-magdeburg.de/de/ratsfraktion/index.html)

Ratsfraktion

Brehmer und Haseloff als Spitzenkandidaten gewählt

Bei den Landesvertreterversammlungen der CDU Sachsen-Anhalt am 20. Februar 2021 wurden die Landeslisten für die kommende Landtagswahl am 6. Juni sowie die Bundestagswahl am 26. September beraten und beschlossen. In seiner Rede machte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff deutlich, dass es nicht darum gehen kann, sich auf den Erfolgen der Vergangenheit auszuruhen. Neben der Bewältigung der aktuellen Krise geht es auch darum, für die Zukunft die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Und das geht nur mit einer CDU in Regierungsverantwortung. Bei der Wahl auf Platz 1 der Landesliste erhielt Haseloff ein außerordentlich gutes Ergebnis von 94,5 Prozent Zustimmung. Auf der Landesliste finden sich die Kandidatinnen und Kandidaten aus der CDU Magdeburg auf den folgenden Plätzen:

Tobias Krull MdL (Platz 6),
Andreas Schumann (29),
Stefanie Middendorf (43),
Christoph Albrecht (56) und
Stephen Gerhard Stehli (18),
Anne-Marie Keding (38),
Rainer Kuhn (54),
Janos Raduly (57).

Bei der Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl wurde Heike Brehmer MdB erneut als Spitzenkandidatin der CDU Sachsen-Anhalt gewählt. Auf Platz 3 der Liste wurde der Magdeburger Bundestagsabgeordnete **Tino Sorge** bestätigt. Die Magdeburgerin **Anna Kreye** wurde auf Platz 10 der Landesliste gewählt.

Ein gelungener Auftakt in das Superwahljahr 2021, welches unter ganz besonderen Umständen stattfinden wird. Dabei ist ein Wahlerfolg nie eine Einzelleistung, sondern bedarf immer der Hilfe vieler Menschen. Mehr Infos hierzu unter www.cdulsa.de

Im Vorfeld und auch im Nachgang zu dieser Veranstaltung gab es umfangreiche Diskussionen zur Repräsentation von Frauen in der Union. Es ist für die Zukunftsfähigkeit der CDU unabdingbar, dass Frauen und Männer aller Altersschichten und unterschiedlicher sozialer Gruppen in der Partei eine Heimat finden und sich repräsentiert fühlen. Dazu gehört auch die Besetzung von Funktionen und Mandaten. Die Debatte, wie das besser gelingen kann, wird und muss geführt werden. *Redaktion*

Foto: Tobias Krull

Foto: Thomas Nawrath

Kontroverse Debatte im Radio

Die Debatte zur Art und Dauer der Corona-Politik geht auch in den Medien weiter. Am 22. Februar diskutierte der Magdeburger Bundestagsabgeordnete und stellv. Kreisvorsitzende der MIT Magdeburg, Tino Sorge, im Deutschlandfunk in der Sendung „Kontrovers“ zum Thema „Anti-Corona-Beschränkungen in der Dauerschleife – Rechtsstaat am Limit?“ Gesprächspartner waren außerdem der Jurist und Publizist Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) und der Verfassungsrechtler Prof. Michael Brenner (Friedrich-Schiller-Universität Jena). Unter anderem drehte sich die Diskussion, in der vor allem auch auf Zuhörerfragen und -meinungen reagiert wurde, um die Einschränkung von Grundrechten, die Perspektiven für baldige Lockerungen, aber auch um die Frage, ob es für Geimpfte Vorteile geben sollte.

Für Sorge ist klar: „Grundrechte sind keine Privilegien und deren Einschränkungen dürfen nur so lange andauern, wie es wirklich nötig ist.“ Dabei seien auch digitale Lösungen wie der elektronische Impfpass wichtig, damit eine schnelle Rückkehr zum Alltag möglich ist.

Nachzuhören ist die Sendung unter:
https://www.deutschlandfunk.de/kontrovers.1768.de.html

Wir verstärken unsere Gesundheitsämter

Im Plenum des Bundestages wurde bereits im Februar über die Arbeit in den rund 375 Gesundheitsämtern in Deutschland diskutiert. Sie leisten Tag für Tag Einzigartiges, um die Pandemie einzudämmen. Die Mitarbeiter vor Ort verfolgen die Kontaktpersonen von Corona-Infizierten. So werden Mitmenschen gewarnt, Infektionsketten erkannt und unterbrochen. Klar sei aber auch, so Sorge, „dass vorhandenes Potential, z.B. der Aufbau digitaler Möglichkeiten, viel zu zögerlich angepackt und genutzt wird“.

„Wir müssen unsere Gesundheitsämter vor Ort in das 21. Jahrhundert heben. Die Nutzung von Apps zur Kontaktnachverfolgung kann eine sinnvolle und zeitsparende Ergänzung der Arbeit sein“, so der Magdeburger Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages.

In den kommenden 6 Jahren werden die Gesundheitsämter mit 4 Milliarden Euro gestärkt. Allein 800 Millionen Euro werden in die digitale Modernisierung investiert und 5.000 neue Stellen geschaffen.

Die Rede von Tino Sorge können Sie auf Kanälen in den sozialen Medien verfolgen.

Corona: Zwischen Lockdown und Lockerungen

Auch die ersten Frühlingswochen stehen pandemiebedingt im Zeichen harter Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Während das Impfen und Testen bundesweit Fahrt aufnimmt, galt bis zuletzt nach wie vor ein Lockdown in vielen Bereichen. Nur an wenigen Stellen gibt es vorsichtige Lockerungen.

Tino Sorge, Bundestagsabgeordneter für Magdeburg und seit 2013 Mitglied im Gesundheitsausschuss, sieht den Lockdown mittlerweile kritisch: „Schade ist, dass auch im März weitgehend auf spürbare Lockerungen verzichtet wurde, obwohl die Spielräume dafür sich in einzelnen Bereichen durchaus abzeichnen.“

Bei aller Vorsicht seien die Kollateralschäden für Wirtschaft, Kultur, Bildung und die Gesellschaft mittlerweile katastrophal, so Sorge. „Man kann die Gastronomie, die Kulturschaffenden, die Reise- und Hotelbranche nicht immer wieder auf die nächste Konferenz vertrösten. Das ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die gute Schutzkonzepte vorgelegt haben. Es darf dieses Frühjahr keinen Dauer-Lockdown geben.“

Aktionstage für schwer kranke Patienten

Weltweite Aktionstage lenken unsere Aufmerksamkeit regelmäßig auf Themen, die sonst leider oft unbeachtet bleiben. Zwei davon unterstützt Tino Sorge als Gesundheitspolitiker besonders gerne:

Der Welt-Krebs-Tag machte am 4. Februar auf diese tückische Diagnose aufmerksam, die Jahr für Jahr rund eine Million Menschen in Deutschland erhalten.

Zum Internationalen Tag der seltenen Erkrankungen am 28. Februar machen wir uns für die rund 300 Millionen Menschen weltweit stark, die mit einer „seltenen Erkrankung“ leben. Es geht um Krankheiten mit oft nur wenigen tausend Betroffenen. Sie bleiben leider oft unerkannt, werden falsch diagnostiziert oder sind nicht heilbar.

Auch in Zeiten von Corona gilt: Wir müssen schwer kranke Menschen und ihre Angehörigen so gut es geht unterstützen. Vor allem müssen wir alles daran setzen, dass Deutschland bei der Forschung und Entwicklung neuer Medikamente und Behandlungsmöglichkeiten führend bleibt.

Lage der Pflegeeinrichtungen in Sachsen-Anhalt

Bei einem der wenigen persönlichen Gespräche tauschte sich Tino Sorge Anfang Februar mit dem Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt des Bundesverbands Privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), Daniel Heyer, aus. Der Dachverband vertritt die Interessen der Einrichtungen der ambulanten und (teil-)stationären Pflege, der Behindertenhilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe in privater Trägerschaft. Hauptthema war dabei die Reform der Pflegeversicherung, die in den kommenden Monaten im Gesundheitsausschuss des Bundestages diskutieren werden soll. Nicht nur die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der angestoßene Prozess besserer Unterstützung der beruflich Pflegenden weitergeführt werden muss.

„Gute Pflege muss auch gut bezahlt werden, gleichzeitig aber auch für alle bezahlbar bleiben“, so umfasst Sorge das Ziel der parlamentarischen Beratungen. Ein besonderes Anliegen sei, dass die immer weiter steigenden Eigenanteile für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen endlich stabilisiert werden müssen. „Hier müssen wir noch vor Ende der Legislaturperiode zu spürbaren Verbesserungen kommen.“ Darüber hinaus muss die Pflegeversicherung knapp 25 Jahre nach ihrer Einführung so umgebaut werden, dass sie den Herausforderungen einer immer älter werdenden Bevölkerung gerecht wird. In Sachsen-Anhalt erleben wir die demografische Entwicklung bereits früher als andere, denn in keinem Bundesland ist der Altersdurchschnitt der Bevölkerung so hoch wie hier.

Den Herausforderungen der Zukunft mit aller Kraft zuwenden

Anna Kreye ist in den Bundesvorstand gewählt worden. *Foto: Gottfried Schwarz*

Foto: CDU/Laurence Chaperon

Armin Laschet wurde auf dem 33. Bundesparteitag zum neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. In den Ministerpräsidenten aus NRW werden große Erwartungen gesetzt.

In digitaler Form fand am 15. und 16. Januar der 33. Bundesparteitag der CDU Deutschlands statt. Vor der Wahl des Bundesvorstandes hielt die scheidende Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer eine Rede, in der sie selbstkritisch auf die Zeit als Bundesvorsitzende zurückblickte. Für ihre Arbeit an der Spitze unserer Partei verdient sie, bei allen Problemen, Respekt und Dank.

Bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden setzte sich schlussendlich Armin Laschet gegen seine Mitbewerber Friedrich Merz und Norbert Röttgen durch. Bei der Wahl ins Präsidium wurde Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff mit dem zweitbesten Ergebnis in dieses Gremium gewählt. Die Magdeburgerin und Landesvorsitzende der Jungen Union Sachsen-Anhalt, Anna Kreye, wurde als Beisitzerin, auf Vorschlag der Jungen Union Deutschland, in den Bundesvorstand gewählt.

Neben den Wahlen standen auch Grußworte, unter anderem der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Präsidentin der Europäischen Kommission Dr. Ursula von der Leyen sowie vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus, auf der Tagesordnung. Von den 1.001 Delegierten auf dem Bundesparteitag stammten 18 aus Sachsen-Anhalt und davon fünf aus dem Magdeburger CDU-Kreisverband.

Auch wenn manche sich eine andere Person an der Spitze der Union vorgestellt haben, als Mitglied der CDU hat man sich mit seinem Eintritt zu den Werten der Union bekannt und diese sind unabhängig vom Spitzenpersonal. Deswegen gilt es jetzt, zur Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele als Einheit zu arbeiten. Denn die Menschen wollen nicht, dass wir uns mit uns selbst beschäftigen, sondern dass wir die Probleme der Gegenwart und die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. In diesem Sinne gilt es, sich auf die konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln zu besinnen und gemeinsam um das Vertrauen der Menschen zu werben.

Tobias Krull, CDU-Kreisvorsitzender

10 Jahre Theater in der Grünen Zitadelle Magdeburg

Seit 10 Jahren beglücken uns die Macher des Theaters Grüne Zitadelle nun schon mit einem wirklich abwechslungsreichen Programm. Von Lesungen und Comedy bis hin zu Travestie und Konzerten: Im Theater mitten im Herzen unserer Landeshauptstadt ist alles zu finden, und das immer auf höchstem Niveau. Als Magdeburger Bundestagsabgeordneter für Tino Sorge Grund genug, um stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Theaterleiter Wolfgang-David Sebastian beste Glückwünsche auszusprechen. Da es in diesen Zeit nicht anders möglich ist, per Video.

Sorge zu der Lage der freien Kultur: „Nicht nur für dieses Theater, sondern für die gesamte freie Kulturszene waren und sind die vergangenen Monate eine sehr schwere Zeit. Viele haben sich mit gut durchdachten Hygienekonzepten auf die Pandemie eingestellt und mussten dann doch schließen. Deshalb mache ich mich für Perspektiven stark. Wir müssen schauen, wie wir differenzierter als zuvor Theater, Kinos aber auch den Einzelhandel wieder öffnen können."

Tino Sorge MdB

Stefanie Middendorf – die neue Seite der CDU-Fraktion

Foto: Markus Köpke

Stadträtin zu sein ist eine spannende Aufgabe und zugleich auch eine gute Möglichkeit, mich mit den Strukturen und Formalitäten der Kommunalpolitik vertraut zu machen. Seit Januar 2021 gehöre ich zur zehnköpfigen Ratsfraktion in Magdeburg.

Dabei sehe ich mich innerhalb unserer Fraktion natürlich als die weibliche, junge Seite der CDU im Stadtrat. Noch wichtiger finde ich aber, dass ich die Ansichten von berufstätigen Frauen und jungen Familien mit in unsere Arbeit einbringen kann. Im vergangenen September bin ich bei einer Veranstaltung gefragt worden, was meine konkreten Anliegen für Magdeburg sind und habe geantwortet, dass ich die Anliegen gemeinsam mit den Menschen entwickeln will. Meine Antwort hat vielleicht manchen nicht wirklich zufriedengestellt. Aber ist es nicht wichtiger, offen zu sein und vor allem zu bleiben für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt? Diese Anliegen in den Stadtrat zu tragen und ihnen Gehör zu verschaffen, das sehe ich als meine Aufgabe.

Natürlich gibt es Themen, die ich persönlich gern voranbringen möchte. Die Bildungsthemen und die demografische Entwicklung liegen mir am Herzen. Der Lehrermangel wirft lange Schatten voraus, da müssen wir als Land neue Konzepte denken. Klar, auch die Digitalisierung hat so ihre Baustellen. Einiges davon ist Ländersache, da kann ich als Stadträtin nicht direkt Einfluss nehmen. Was ich aber spüre, ist das Netzwerk, das sich bildet. Jetzt fängt für mich die politische Arbeit an.

Die Nominierung zur Landtagswahl im 2. Wahlgang gegen die amtierende Justizministerin Anne-Marie Keding im September habe ich knapp verloren, mit dem Jahreswechsel bin ich nun für Oliver Köhn im Wahlgebiet Olvenstedt und Nordwest in den Stadtrat nachgerückt. Ich freue mich jetzt auf die Arbeit im Rat und in den Ausschüssen, wobei besonders die wirtschaftlichen Themen in den Mittelpunkt meiner Arbeit gehören werden. *Stefanie Middendorf*

Belebung der Innenstadt wird dringlicher

Wir brauchen Ideen und Dynamik, um langfristig erfolgreich zu bleiben!

Die Innenstadt von Magdeburg ist ein wichtiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Covid-19-Pandemie hat die in den letzten Jahren festzustellenden Krisenphänomene unserer Innenstadt dramatisch beschleunigt. Die strukturellen Probleme der Nachkriegsjahrzehnte, welche die Innenstadt geprägt haben, sind immer wieder und mehr als genügend beschrieben worden. Die Probleme in dem Zerfall eines für eine funktionierende Stadt charakteristischen, ausgeglichenen Miteinanders von Leben und Wohnen, Arbeit und Freizeit sind ebenso bekannt. Die Corona-Krise, so sehr sie auch die aktuellen Strukturen unserer Innenstadt, insbesondere im Bereich Einkauf und Handel, trifft und infrage stellt, ist aber auch die Chance für einen grundlegenden Neuanfang, eine Neuorientierung und Neupositionierung der städtischen Funktionen und ihrer Akteure.

Die Magdeburger Innenstadt sollte zum Lieblingsplatz für die Menschen werden. Die Digitalisierung und Schaffung von Erlebnisräumen aus Geschäften, Gastronomie und Kultur sind aus Sicht der CDU-Ratsfraktion entscheidende Faktoren für eine lebendige Innenstadt. Die Einkaufsbereiche stehen unter Druck. Die Zahl der Leerstände erhöht sich und inhabergeführte Geschäfte haben es immer schwerer. Wir brauchen eine Innenstadt, die für Fußgänger, Radfahrer, für Nutzer des ÖPNV und Nutzer der Autos gut erreichbar ist. Im Sinne von: **„Das Nebeneinander der verschiedensten Verkehrsteilnehmer soll gewährleistet sein.“** Wir wollen keine verkehrsfreie Innenstadt in Gänze. Jeder Bürger sollte dementsprechend frei entscheiden können, wie er in die Innenstadt kommt – wir lehnen daher die Einrichtung eines Shared Space-Bereiches (ein von allen Verkehrsteilnehmern – Fußgänger, Fahrradfahrer, Autos – gleichberechtigt genutzter Verkehrsraum) ab!

„Wir brauchen in Magdeburg ein gutes, abgestimmtes Zusammenspiel aus Einzelhandel und Gastronomie mit Flächen zum Verweilen, Wohnen und Arbeiten. Veranstaltungen und Pop-up-Flächen sorgen für ein besonderes Einkaufserlebnis, das die Menschen in die Geschäfte lockt“, so Fraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke.

Ratsfraktion

Starke Stadt, starkes Land.
Gute Schulen, sichere Städte, innovative Wirtschaft.

Das Superwahljahr 2021 bedeutet für Magdeburg eine Landtagswahl, eine Bundestagswahl und vielleicht auch noch eine Oberbürgermeisterwahl. Das gibt Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und zu analysieren, welche Themen in Stadt, Land und Bund in den nächsten Jahren aus Magdeburger Sicht bearbeitet werden müssen.

Magdeburg ist gut aufgestellt: Landeshauptstadt und damit Sitz der Landesregierung, von Behörden und Gerichten, Industriestandort, Hafenstadt, Stadt der Wissenschaft, ehemalige Bewerberin um den Titel Europäische Kulturhauptstadt, Stadt mit Parks und Gärten. Magdeburg ist Schwarmstadt, das heißt, es ziehen mehr Zwanzigjährige in die Stadt als aus der Stadt weg. Magdeburg investiert in seine Infrastruktur, entwickelt Gewerbe- und Industriegebiete, bietet Wohnbauflächen an – Magdeburg wächst. Magdeburg ist Einkaufsstadt für die umliegenden Landkreise, Standort für Fachärzte und intensivmedizinische Betreuung, Studentenstadt. Also eine starke Stadt, die Impulse für das Land geben kann und Menschen und Innovationen anzieht.

Aber Magdeburg ist nicht angebunden an eine schnelle ICE-Verbindung nach Berlin, Hannover oder Leipzig, Magdeburg hat kein flächendeckendes Breitband, keine differenzierte Lehrerausbildung an der Universität mehr, Magdeburg hat wenige Plätze mit Aufenthaltsqualität, wenige Treffpunkte, Magdeburg hat ein wenig attraktives Verkehrskonzept, nicht genügend Bauplätze für junge Familien, nicht genügend Sportanlagen für den Breiten- und Vereinssport.

Das heißt, Magdeburg ist zwar gut aufgestellt, muss aber seine Stärken ausbauen und pflegen und seine Defizite abbauen. Dafür braucht es eigene Steuereinnahmen durch Gewerbesteuern, dafür braucht es eine Finanzausstattung durch das Land ohne Vorfestlegung, wozu das Geld verwendet werden soll, dafür braucht es Investitionen durch Unternehmen.

Anne-Marie Keding, Ministerin für Justiz und Gleichstellung, ist Landtagskandidatin für den Wahlkreis Magdeburg-West. *Foto: privat*

Zu einem attraktiven Standort gehören

- gute Schulen: Lehrerversorgung, Ausstattung, Digitalisierung, Begabtenförderung, Berufsorientierung, Mitarbeiter für die Schulverwaltungsaufgaben
- Kulturelle Angebote: Theater und Oper, Soziokultur, Musik
- Eine lebendige Innenstadt: nach Corona-Lockdown und Gewöhnung an Einkaufen auf digitalen Portalen müssen die Innenstädte auch anderes bieten als nur Einkaufsgelegenheiten,
- Gute Infrastruktur: Straßen und Brücken, Breitband, Wohnungsbau, öffentlicher Nahverkehr, Anbindung an Berlin und Leipzig
- Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern
- Eine aktive und engagierte Bürgerschaft, qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
- gute Rahmenbedingungen für Betriebe und Unternehmen: Entwicklung von Gewerbegebieten, Drehkreuz und Logistikstandort, schnelle Genehmigungsverfahren, Vernetzung von Wissenschaft und Praxis, Wissenstransfer, Gründerförderung, Meisterprämien.

Das Land muss und kann seinen Beitrag dazu leisten, dass die Städte stark sind und bleiben – zum Wohle der Region und des Landes.

Zur Person:

- Anne-Marie Keding, 55 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder,
- wohnhaft in Sudenburg
- studierte Juristin, Verwaltungsbeamtin,
- derzeit Ministerin für Justiz und Gleichstellung
- seit 1985 CDU-Mitglied, Mitglied in EAK, FU und MIT,
- stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende

Impressum
Herausgeber:
CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg, Fürstenwallstr. 17
Tel. 0391 2549812
E-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.)
Tobias Krull, Rainer Kuhn,
Stefanie Middendorf, Manuel Rupsch,
Antje Wimmler
Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign

Druck: Max Schlutius Magdeburg GmbH & Co. KG, max-schlutius.de

Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht grundsätzlich die Meinung der Redaktion wider.

Eine Wahl wie keine andere!

Warum kandidiere ich für den Landtag? Noch besser: warum setze ich mich gerade jetzt dafür ein, dass unsere CDU gerade diese Landtagswahl gewinnt? Weil die Lage so herausfordernd und dramatisch geworden ist! Weil es ernst ist in unserm Land! Denn diese Wahl ist eine Wahl wie keine andere!

Es sind nur noch wenige Wochen bis zur Wahl des neuen Landtags für unser Sachsen-Anhalt und wir können jetzt schon festhalten: das wird eine Wahl, wie wir sie seit dreißig Jahren nicht erlebt haben! Und es wird bei dieser Wahl so sehr auf uns als CDU ankommen, wie schon lange nicht mehr! Nein, das ist keine Wahlkampfrhetorik, sondern ganz glasklar die Aufgabe, der wir uns mit kühlem Verstand und mit heißem Herzen stellen müssen, stellen werden.

Eine Wahl wie seit langem keine andere: noch nie haben wir unter den Bedingungen einer Pandemie gewählt. Die Briefwahl, die sich schon so wachsender Beliebtheit erfreute, wird nochmals einen Sprung erleben. Zwar ist klar: wenn ein Supermarkt geöffnet ist, kann auch ein Wahllokal – unter Hygieneschutzbedingungen – am Wahltag öffnen, aber viele werden es vorziehen, von daheim zu wählen – wenn sie wählen. Wir müssen alle in unseren Familien und Freundeskreisen, bei Bekannten und Verwandten aktiv darauf hinwirken, dass gewählt wird. Pandemie ist keine Begründung fürs Nichtwählen! Und wir müssen den jetzt schon beginnenden Verschwörungsgeschichten ebenso aktiv und vehement widersprechen, die manche schon in den Vereinigten Staaten abgucken: Briefwahl ist bei uns in Sachsen-Anhalt sicher. Sie sichert gerade jetzt sinnvoll eine ordentliche Wahlbeteiligung und damit die demokratische Basis unserer neuen Landesregierung.

Eine Wahl wie seit langem keine andere: wir kämpfen als CDU alleine, mit eigenen Kräften, und dieses Mal besonders. Unsere Koalitionspartner der letzten fünfzehn Jahre werden, wenn sie auch nur eine Stimme Mehrheit bekämen, ohne jedes Zögern eine dunkelrot-grün-rote Koalition eingehen. Die AfD ist unser deutlicher politischer Gegner ebenso wie Die Linke. Zusammenarbeiten sind dabei für uns ausgeschlossen. Es ist für die Entwicklung Sachsen-Anhalts elementar wichtig, dass wir durch unseren persönlichen Einsatz sicherstellen, dass es keine Regierungsmehrheiten ohne die Union in Sachsen-Anhalt geben kann. Durch die Ministerpräsidenten Böhmer und Haseloff haben wir dafür gesorgt, dass weder die FDP, noch die SPD, noch die Grünen vollständig über die Stränge schlagen konnten. Es ist im tiefen Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, dass das so bleibt. Unser Spitzenkandidat Dr. Reiner Haseloff ist gerade jetzt dafür: Der Garant!

Foto: Rayk Weber

Eine Wahl wie seit langem keine andere: auch durch Fehlverhalten Einzelner bläst uns der mediale Wind heftig entgegen. Wir müssen wenige Monate vor dem Wahltag diesem Problem begegnen, ohne zu beschönigen und/oder kleinzureden. Vertrauen in die politisch Handelnden ist ein kostbares Gut geworden, das wir gerade jetzt nicht verspielen dürfen. Wir müssen dick unterstreichen: Ehrlichkeit, Anstand, Menschlichkeit, das sind Tugenden, die für uns als CDU noch etwas gelten. Fehler werden gemacht und aufgearbeitet, aber niemals dürfen wir uns damit abfinden, dass Politik nur ein zynisches, korrumpiertes Geschäft ist. Das ist sie nicht, das wird den vielen Tausend Menschen, die sich engagieren für unser Gemeinwesen, unseren Staat, unsere Heimat nicht gerecht, im Gegenteil. Mit unserer eigenen, persönlichen Vertrauenswürdigkeit müssen wir für die Vertrauenswürdigkeit unserer CDU werben. Wir müssen uns selbst, unseren Namen, ja, unseren Ruf offensiv dafür einbringen. Gerade

Vita:

- geboren am 10. Juni 1961 in New York City, USA. Meine Eltern, beides Deutsche, waren über zwanzig Jahre geschäftlich im Ausland. Als Jugendlicher kam ich in den siebziger Jahren nach Deutschland.
- Abitur 1980, anschließend Wehrdienst 1980/81
- Jura-Studium in München, Bonn, Genf und London, erstes Staatexamen 1987, Referendariat in Bonn und Speyer, zweites Staatsexamen 1990
- Berufsbeginn in der Wirtschaft, dann Umzug nach Sachsen-Anhalt
- seit 1991 bis heute als Jurist/Referatsleiter in der Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt
- in der Freizeit theologische Ausbildung über die Landeskirche; Abschluss und Ordination 2000
- Reserveoffizier bei der Bundeswehr, Oberstleutnant
- ehrenamtliche Tätigkeiten: Johanniter-Unfall-Hilfe, Domförderverein, Domgemeinde, Steuben-Schurz-Gesellschaft, Schulkuratorien, Präses im Kirchenkreis
- CDU-Mitglied seit 1981
- Auszeichnungen: Ehrennadel Sachsen-Anhalt 2002, Bundesverdienstkreuz am Bande 2011

Stehli – #StarkfürNord

Als gebürtiger New Yorker hat Stehli eine Tierpatenschaft für den amerikanischen Weißkopfseeadler „Lucky“ im Magdeburger Zoo übernommen. Herkunft und lokales Engagement gehen hier Hand in Hand.

jetzt, gerade in den kommenden Tagen und Wochen!

Eine Wahl wie seit langem keine andere: vor fünf Jahren ging ein Magdeburger Wahlkreis unerwartet an die AfD. Der Einzige für diese Partei in unserer Stadt und im Norden unseres Landes. Knapp verloren ist auch verloren. Der gewählte Abgeordnete ist seinem Mandat in fünf Jahren nicht gerecht geworden, im Gegenteil. Das hat der Norden unserer schönen Stadt nicht verdient. Gerade damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden! Es ist der Wahlkreis, in welchem ich kandidiere, Magdeburg-Nord. Jetzt haben wir die Chance, hier gegenzusteuern! Fünf weitere Jahre darf ein Magdeburger Mandat nicht an die AfD gehen. Nur die CDU hat die Kraft und die Möglichkeit, dieses zu verhindern und Kompetenz an die Stelle von Ideologie zu setzen.

Dafür stehe ich auch ganz persönlich! Ich tue das mit kompetentem Einsatz für unser Programm für Magdeburg. Mit über dreißig Jahren Berufserfahrung als Jurist in Sachsen-Anhalt, mit echtem Herzblut für solide Bildung, für eine freie und wachsende Wirtschaft, für Freiheit und Sicherheit in Sachsen-Anhalt. Unser umfassendes Regierungsprogramm ist durchdacht, ist voller neuer Ideen, innovativer Ansätze ebenso wie verlässlicher Botschaften. Das ist die Basis für fünf weitere Jahre in Sachsen-Anhalt unter der kompetenten und erfahrenen Führung unseres Ministerpräsidenten. Auch jeder Vergleich mit den anderen Spitzenkandidaten macht das ganz klar und deutlich.

Es wird nicht einfach, natürlich nicht. Aber es ist nicht nur der kalte Gegenwind, der bläst, sondern auch der frische Sturm der Freiheit. Gegen grünsozialistische Lethargie wie gegen reaktionäre Inkompetenz! Doch, es ist eine Wahl wie keine andere. Aber gemeinsam, wirklich miteinander und mit jeder Stimme, für die wir die Menschen inhaltlich überzeugen, können wir auch diese Wahl gewinnen!

Stephen Gerhard Stehli
Kandidat im Wahlkreis 10

Gutes tun geht auch ohne Glühwein

Die Corona-bedingte Absage des Stadtfelder Weihnachtsspektakels hielt den CDU-Ortsverband Magdeburg-Mitte nicht davon ab, Gutes zu tun. Normalerweise engagieren sich die Mitglieder des Ortsverbandes gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Tobias Krull schon seit Jahren mit einem Glühweinstand und selbstgemachten Schmalzstullen für die gute Sache auf diesem Stadtteil-Weihnachtsmarkt. Durch die Corona-Pandemie war dieses Mal alles anders. So hörte man aus den Reihen des Ortsverbandes immer wieder, „Schade, dass wir dieses Mal keinen Glühwein für die gute Sache trinken können“, so Tobias Krull.

Schnell war vielen klar, Gutes tun geht auch ohne Glühwein. Und so wurde eine Spendenaktion für den Verein schwerstkranker Kinder und Ihrer Eltern gestartet, welche die seit vielen Jahren bestehende Verbindung des Ortsverbandes mit dem Verein fortsetzt. Am Ende kamen auf diese Weise stolze 2500,- Euro zusammen, die dem Verein am 08.03.2021 übergeben werden konnten. Über den unerwarteten Spendenerlös freuten sich die Vertreterinnen des Vereins, Oda Kückelhaus und die Vorstandsvorsitzende Elke Schirmer-Firl sehr. „Gerade in diesen Zeiten kommt solch ein Geldsegen wie gerufen. Wir werden mit diesem Geld einigen Familien Glücksmomente zum Auftanken schenken, so dass diese Familien sich mit neuen Kräften ihren unterstützungsbedürftigen Kindern widmen können“, so Oda Kückelhaus. Mehr Infos zur Arbeit des Vereins unter www.kinderkleeblatt.de. *Andreas Schoenesse*

Vorn im Bild Elke Schirmer-Firl und Oda Kückelhaus, dahinter Henrik Webel, Tobias Krull MdL und Andreas Schoensee (v.l.n.r.) bei der Übergabe des Spendenschecks. *Foto: Kai von Dombroski*

Winterdienst soll nachhaltiger werden

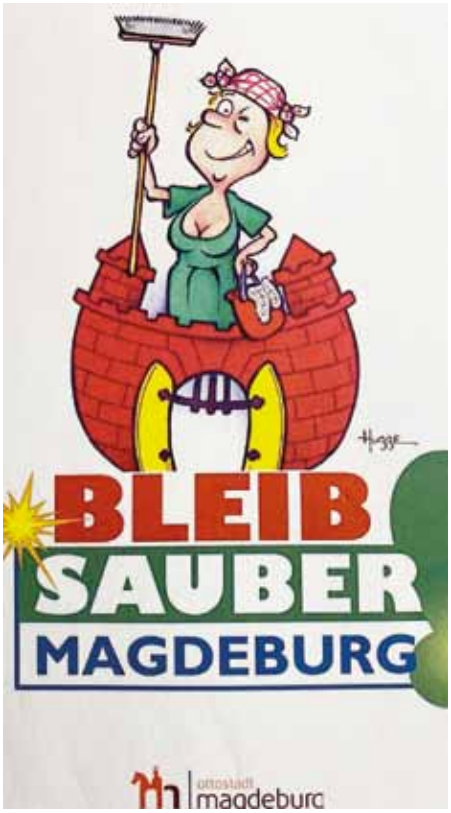
Die CDU-Ratsfraktion hatte in der Februarsitzung des Stadtrates einen Antrag zum Winterdienst eingebracht. Der Antrag beinhaltet: „Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob der Winterdienst in Magdeburg in einem Pilotversuch, Sole aus Gurkenproduktionen statt Streusalz nutzen kann. Dabei sollen der Kostenfaktor, der Nutzen und die Qualität der Straßen-, Rad- und Gehwege mit in Betracht gezogen werden."

Gerade in diesem Winter musste das Straßennetz in Magdeburg verstärkt vom Winterdienst betreut werden. Um die Fahrbahnen, Rad- und Gehwege vom Glatteis zu befreien, waren viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz. Das alles kostet nicht nur viel Geld, sondern auch viele Ressourcen. Durch die Sole aus der Gurkenproduktion könnten viele Tonnen Salz und Wasser eingespart werden. Im Hinblick auf immer extremere Witterungsverhältnisse, sollte die Stadt Magdeburg auf der Suche nach einer ökonomisch und ökologisch günstigeren Lösung sein. Die Sicherheit auf den Straßen und der Umweltschutz sollten hierbei zusammenkommen. Um diesen Pilotversuch zu unterstützen, sollen Projektpartner gewonnen werden.

Ein Pilotprojekt in der niederbayerischen Stadt Dingolfing hat aufgezeigt, dass Gurkenwasser zu schade für den Ausguss ist. Seit knapp einem Jahr wird Gurkenwasser beim Streuen im Winterdienst in Dingolfing verwendet. Der Effekt ist, dass es tatsächlich funktioniert und dadurch bis zu 1.000 Tonnen Streusalz eingespart werden können. Das Gurkenwasser ist zudem umweltfreundlicher und schadet damit nicht Pflanzen und Bäumen. Auch Brandenburg zeigt bereits Interesse. Der Brandenburger Landesbetrieb Straßenwesen wartet die konkreten Ergebnisse aus Bayern ab.

Wie dieses Pilotprojekt in Magdeburg umgesetzt wird, soll jetzt geprüft werden.

Ratsfraktion



Mittelstand fordert Öffnungsperspektive

Neben den Herausforderungen für unser Gesundheitssystem und das soziale Zusammenleben, den Hürden beim Heimunterricht und in Heimarbeit, stehen viele Unternehmer, Selbstständige, Künstler, Gastronomen und Einzelhändler durch die Corona-Pandemie vor großen wirtschaftlichen Unsicherheiten und Herausforderungen.

Der 2. Lockdown ab November 2020 trifft viele sehr hart. Gerade der „kleine Mittelstand“ ist nach wie vor schwer von der Corona-Krise getroffen und die Kostenzuschüsse oder Überbrückungshilfen des Bundes fließen noch zu zögerlich.

Zu einem digitalen Gespräch zu möglichen Schritten aus der Krise hat der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) in Magdeburg, Tino Sorge, den Bundesvorsitzenden der MIT, Dr. Carsten Linnemann, eingeladen.

Dr. Linnemann stellte als Bundesvorsitzender die aktuelle dramatische Lage für viele Unternehmer dar und stand im Anschluss den Mittelständlern aus ganz Sachsen-Anhalt für einen Austausch zur Verfügung.

Klar ist, dass es ein „Weiter so“ für viele Unternehmer nicht geben kann. Nach Monaten der Geschäftsschließungen müssen nun Öffnungsperspektiven formuliert werden: Perspektiven, die klar umreißen, wie wir zukünftig mit dem Corona-Virus leben lernen. Denn eines ist auch klar: Ein ständiger Wechsel zwischen Öffnungen und erneuten Lockdowns kann nicht das Ziel unserer Politik sein.

Natürlich müssen wir bei allen Öffnungsszenarien immer den Blick auf die Belastung des Gesundheitssystems haben. Darauf aufbauend plädiert die MIT Magdeburg für eine differenzierte Betrachtung des Pandemie-Geschehens. Wir müssen ganz genau hinschauen, wo Ausbruchsherde bestehen und wer betroffen ist. Wenn beispielsweise in einem Schlachtbetrieb Corona-Fälle auftauchen, muss nicht zwingend der gesamte Einzelhandel der Region geschlossen werden.

„Der überwiegende Teil unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen-Anhalt hat in höchste Hygienestandards und Lüftungsanlagen investiert und gut durchdachte Hygienepläne aufgestellt. Im Sinne unseres Wohlstandes müssen wir schauen, dass wir unsere Unternehmen in dieser Zeit erhalten, schützen und nicht vor den Kopf stoßen oder „allein im Regen stehen lassen“, so Tino Sorge.

Wie unter einem Brennglas verschärft die Corona-Pandemie bereits vorher sichtbare Trends. Unter dem rasanten Anstieg im Online- und Versandhandel leidet vor allem der stationäre Einzelhandel. Auch in Magdeburg zeigt sich nicht nur seit der Corona-Pandemie die Gefahr einer Verödung der Innenstadt.

Wie können wir diese Entwicklung aufhalten und für attraktive Angebote im Herzen der Stadt sorgen? Diese Frage treibt nicht nur die MIT Magdeburg um.

Um Anreize zur Unterstützung stationärer Unternehmen zu setzen, stoße die MIT Magdeburg eher die scheinbar kleinen Maßnahmen, wie Lockerungen der Regelungen für verkaufsoffene Sonntage oder Vergünstigungen der Parkplatzmieten, an.

MIT MAGDEBURG

Spezial-Reinigungsmaschine für Fuß- und Radwege prüfen

Wer kennt es nicht, man geht durch Magdeburg und findet auf vielen Straßen und Plätzen Kaugummireste, die auf der Straße entsorgt wurden und bereits in den Fußwegplatten eingetrocknet sind.

Besonders an belebten Plätzen ist dies zu erkennen. Dort findet man nicht nur Kaugummireste, sondern auch einige andere Verunreinigungen. Dies schädigt das Erscheinungsbild der Landeshauptstadt.

Der berühmte Kennedy-Satz von der Eigenverantwortung wird oft strapaziert und variiert. In diesem Fall hat er seine volle Berechtigung, nämlich: „Frag nicht zuerst, was die Stadt für die Sauberkeit tun kann, sondern was du zur Sauberkeit der Stadt beitragen kannst.“ Kaugummireste und andere Müllreste sollten in die dafür vorgesehenen Abfallbehälter entsorgt werden. Bedauerlicherweise wird dies nicht immer umgesetzt. Dadurch werden immer mehr Flächen in Magdeburg verschmutzt.

Stadtrat Frank Schuster und Stadtrat Reinhard Stern hatten vor kurzem einen Antrag in die Stadtratssitzung eingebracht. Darin wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob für die Reinigung von Wegen und Plätzen, speziell auf Fuß- und Radwegen in der Landeshauptstadt, eine Spezialkehrmaschine zum Einsatz kommen kann. Die Verwaltung soll dazu Kontakt mit entsprechenden Herstellern von Kommunalfahrzeugen zur Durchführung eines Probebetriebs aufnehmen. Weiterhin soll auch geprüft werden, ob bereits vorhandene Fahrzeuge im Fuhrpark der Stadt mit entsprechenden Modulen nachgerüstet werden können.

Die aktuell im Einsatz befindlichen Kehrmaschinen können diese zum Teil jahrelang festsitzenden Verschmutzungen (Taubenkot, Kaugummi u.v.m.) meist nicht erfolgreich entfernen. Eine aufwändige Entfernung per Hand ist sehr zeitintensiv sowie mit hohem Personaleinsatz verbunden und kann nur unter Einsatz von starken Chemikalien erfolgen.

Städte wie Stuttgart oder Hamburg setzen bereits für die Reinigung solcher Härtefälle neue Spezialreinigungsmaschinen ein. Mit heißem Wasserhochdruck leisten diese Spezialkehrmaschinen, ohne Einsatz von Chemie, eine hocheffiziente Entfernung von eingetrockneten Kaugummiresten und sonstigen hartnäckigen oder festsitzenden Verschmutzungen.

Der Einsatz einer solchen Spezialreinigungsmaschine könnte die Reinigungsleistung und die damit einhergehende Sauberkeit in der Landeshauptstadt Magdeburg erhöhen und das komplett ohne den Einsatz von Chemie. *Ratsfraktion*

Rolf Lay (IG Innenstadt) fordert Öffnungsperspektive

Bei der Online-Sitzung des CDU-Ortsverbandes Mitte am 16. März war der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Innenstadt e.V. Rolf Lay zu Gast. Aus erster Hand erhielten die Anwesenden Informationen zur aktuellen Lage der Gewerbetreibenden in der Landeshauptstadt.

Dabei wurde deutlich, dass sich aktuelle Regelungen wie „Click and Meet“ nicht für alle Geschäfte im Einzelhandel lohnen. Hier wurde der Wunsch formuliert, dass man bei der Öffnung von Geschäften wieder auf die Quadratmeter-Regelungen, unter Nutzung von Masken durch die Kunden und die Beschäftigten, zurückkehrt. Darüber hinaus sollen die Abschreibungsmöglichkeiten für Warenbestände, insbesondere für Saisonware wie Textilien, verbessert werden. Was die Auszahlung der staatlichen Hilfen angeht, gibt es ein differenziertes Bild. Während zahlreiche Unternehmen bereits entsprechende Zahlungen erhalten haben, warten andere noch auf die Auszahlung. Hier wurde mehr Tempo gewünscht. Für die Gastronomie wurden verlässliche Öffnungsperspektiven gefordert, beginnend mit der Außengastronomie.

Als Partei, die sich ausdrücklich auch als Vertreter des Mittelstandes versteht, sind solche direkten Austausche extrem wichtig. Nur so kann es gelingen, dass die Perspektiven und Erwartungen aus der Wirtschaft direkt ihren Weg in die politischen Entscheidungsprozesse finden.

Ergänzt wurde die Sitzung, unter der Leitung des CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Dr. Michael Lehmann, mit Berichten des CDU-Bundesvorstandsmitglieds Anna Kreye sowie des CDU-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Tobias Krull aus der Landespolitik und zum aktuellen Stand des Landtagswahlkampfes. *Redaktion*

Die Magdeburger Gastronomen wiesen am 17. März auf dem Domplatz mit einem „Abendmahl“ auf ihre existenzbedrohende Situation im Lockdown hin. Mit einer gedeckten Tafel luden sie Bundes- und Landespolitiker zum Dialog ein. *Fotos: Hanna Elise Wegener*

76. Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs

In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1945 wurde Magdeburg von alliierten Bomberangriffen schwer getroffen. Vermutlich verloren rund 3.000 Menschen ihr Leben, ungezählte wurden verletzt und/oder verloren ihre Wohnung. Die Innenstadt wurde zum Großteil zerstört und diese zweite große Zerstörung Magdeburgs ist fest in das Gedächtnis der Stadt eingeprägt. Immer wieder versuchen Extremisten, das Gedenken an die Opfer dieser Schreckensnacht für ihre Anliegen zu missbrauchen. Deshalb sind neben der Erinnerung an dieses Ereignis und dessen historische Hintergründe vor allem auch der Einsatz für ein weltoffenes Magdeburg wichtig. Im Rahmen der entsprechenden Aktionswoche gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, dies zu zeigen. Aus bekannten Gründen fand in diesem Jahr keine offizielle Gedenkveranstaltung auf dem Westfriedhof statt. Eine Kranzniederlegung in Erinnerung an die Opfer erfolgte trotzdem. Darunter auch mit einem gemeinsamen Kranz der CDU-Ratsfraktion und des CDU-Kreisverbandes Magdeburg. Aus Erinnerung erwächst Verantwortung.

Tobias Krull

Wechsel in der CDU-Ratsfraktion

Im Januar 2021 wurde Stefanie Middendorf als neue Stadträtin der CDU-Ratsfraktion im Magdeburger Stadtrat vereidigt. Sie rückt für Oliver Köhn nach, der sein Mandat aus beruflichen Gründen niederlegte.

Oliver Köhn bedankte sich innerhalb der Fraktion für die gute Zusammenarbeit. Die Entscheidung bedauert er sehr und möchte trotz allem der Fraktion mit Rat und Tat zur Seite stehen. Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung unterstützt er die CDU-Ratsfraktion weiterhin.

Stefanie Middendorf arbeitet seit Juli 2019 als Assistentin der Geschäftsführung in der Zoologischer Garten Magdeburg gGmbH. Bei der Kommunalwahl 2019 erreichte sie hinter Oliver Köhn die meisten Stimmen im Wahlbereich 03 / Alt Olvenstedt, Nordwest, Neu Olvenstedt und Großer Silberberg. Sie ist neben ihrem Amt als Stadträtin auch Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung sowie Mitglied im Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. *Ratsfraktion*

Neues Landesjagdgesetz sorgt für Rechtssicherheit im Umgang mit dem Wolf

Das neue Jagdrecht von Sachsen-Anhalt ist ein anerkanntes und solides Recht. Es vereint die Interessen der Landeigentümer und Bewirtschafter mit denen der Jäger und trägt zur Aufrechterhaltung eines artgerechten Wildbestandes bei. Es wurde maßgeblich vorangetrieben durch die CDU-Fraktion im Landtag, insbesondere durch deren Vertreter im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und im Umweltausschuss.

Somit ist es künftig insbesondere bei der Erntejagd gestattet, jagdliche Einrichtungen, welche die Höhe des Fahrzeugs deutlich überschreiten, auf abgestellten Kraftfahrzeugen oder Anhängern zu nutzen. Mit der Aufhebung des Verbots der Verwendung von Schalldämpfern reagieren wir auf den technischen Fortschritt und das steigende Bewusstsein um die Schädigung der Hörorgane durch die Schussabgabe. Die Möglichkeit der Verwendung von Schalldämpfern dient hierbei der Minderung des Mündungsknalls und schützt das Gehör der Jäger sowie der Hunde. Für die Zukunft gilt es zudem, für unsere Jägerschaft Rechtssicherheit im Umgang mit dem Wolf zu schaffen, den Einsatz von Bejagungsschneisen fortzuführen und entsprechende Bepflanzungs-Pilotprojekte zu unterstützen, um den Ertragsausfall seitens der Landwirtschaft zu minimieren.

Eine entsprechende Broschüre steht für Interessierte zur Verfügung und kann beim Wahlkreisbüro von Andreas Schumann angefordert werden.

Andreas Schumann und Rainer Kuhn

Holocaust-Gedenktag

Der Landtagsabgeordnete Tobias Krull, Stadtrat Tim Rohne sowie der Landtagskandidat Stephen Gerhard Stehli haben am 27. Januar aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am Mahnmal des KZ-Außenlagers „Magda“ in Magdeburg-Rothensee der Opfer still gedacht. Aufgrund der aktuellen Landesverordnung zur Eindämmung des Coronavirus musste in diesem Jahr auf eine offizielle Gedenkveranstaltung verzichtet werden. In der Rothenseer Havelstraße/Ecke Heinrichsberger Straße befand sich das KZ-Außenlager „Magda“. Ab Juni 1944 waren dort 2.170 zumeist ungarische Juden zur Schwerstarbeit für die Braunkohle-Benzin AG (BRABAG), gezwungen worden. Das Lager befand sich in direkter Nähe des heutigen Denkmals. Bis zu seiner Auflösung im Februar 1945 kamen dort 550 Häftlinge ums Leben. *Manuel Rupsch*

Anschlag auf Wahlkreisbüro Schumann

In der Nacht vom 2. auf den 3. Februar 2021 wurde das Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten und Stadtrates Andreas Schumann in Magdeburg Alt-Fermersleben attackiert. Durch Steinattacken wurden mehrere Scheiben sowie Teile der Einrichtung zerstört bzw. beschädigt. Anzeige wurde erstattet. Ein Bekennerschreiben einer linken Zelle liegt dem Staatsschutz vor.

Andreas Schumann hierzu: „Mein Wahlkreisbüro wurde angegriffen und beschädigt. Hier steht doch für jeden die Tür offen... wir sind bereit, mit jedem Menschen in Diskussion und Diskurs zu gehen, Gewalt kann niemals eine Lösung sein!“

Kreisvorsitzender Tobias Krull ergänzt: „Straftaten lehnen wir auf das Schärfste ab, gerade als Mittel der politischen Auseinandersetzungen. Eine solche Tat ist der Ausdruck dafür, dass die Täter nicht in der Lage sind, demokratische Auseinandersetzungen zu führen und lieber solche feigen Anschläge begehen.“ Zwischenzeitlich wurden die Schäden beseitigt.

Text und Fotos: Rainer Kuhn

CDU-Kreisverband Magdeburg · 39104 Magdeburg · Fürstenwallstraße 17

Impfschutz kommt für viele aus Sachsen-Anhalt

Noch vor wenigen Wochen hat man in Deutschland viel über die Rolle der Europäischen Union beim Impfstoffkauf debattiert. Mittlerweile wurden mehrere Impfstoffe zugelassen und die Hersteller konnten ihre Produktion ausbauen. Der Clou: Ein Großteil der Impfstoffe kommt aktuell aus Sachsen-Anhalt!

Die europäisch koordinierte Impfstoffbestellung war richtig. Weniger als ein Jahr nach den ersten Corona-Fällen haben etliche Pharmafirmen wirksame Impfstoffe entwickelt, klinisch getestet und mit der Produktion begonnen. Die Europäische Kommission konnte mehr als zwei Milliarden Impfdosen für die 450 Millionen Europäerinnen und Europäer verbindlich bestellen. Somit werden in den meisten EU-Staaten alle Erwachsenen bis zum Spätsommer ein Impfangebot erhalten.

Ich habe mich selbst in Sandersdorf-Brehna (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) bei der Firma Dermapharm über den Stand der Impfstoffproduktion erkundigt. Aus diesem Werk in Sachsen-Anhalt kommt aktuell der größte Teil des BioNTech-Impfstoffs für ganz Europa. Die komplexen Lieferketten haben anfangs zu einigen Problemen geführt. Auch ist die Steigerung der Produktionskapazitäten nicht so einfach, wie sich manche Kritiker das vorstellen. Doch die Hersteller setzen alles daran, die Kapazitäten auszubauen. So startete BioNTech im hessischen Marburg eine eigene Impfstoffproduktion und Dermapharm errichtet nahe Hamburg ein komplett neues Werk. Auch die Firma IDT Biologika aus Dessau-Roßlau forscht an einem Corona-Impfstoff. Zudem wurde mit AstraZeneca ein Vertrag geschlossen, um den Impfstoff der britisch-schwedischen Pharmafirma bei uns in Sachsen-Anhalt herzustellen.

Jetzt gilt es, Selbsttests in ausreichender Stückzahl bereitzustellen, damit möglichst bald alle Geschäfte und Kultureinrichtungen wieder öffnen können. Dabei müssen wir aber auch verstärkt auf die Virus-Mutationen achten, die häufig ansteckender als das ursprüngliche Coronavirus sind. Virologen und Hersteller versichern, dass vor allem die neuen mRNA-Impfstoffe (wie von BioNTech und Moderna) bei Bedarf in kürzester Zeit an neue Mutationen angepasst werden können. Dazu brauchen wir ein gut funktionierendes Frühwarnsystem – sowohl bei der Feststellung von Virus-Mutanten als auch auf der Seite der Hersteller, um Produktionskapazitäten und Lieferketten anzupassen. Hier hat die EU ein wachsames Auge auf die weiteren Entwicklungen. Es ist ebenso richtig, dass die EU-Kommission nun auch die Zulassungsverfahren von Corona-Impfstoffen beschleunigen will. Wir sind bei den Impfungen auf dem richtigen Weg.

Sven Schulze MdEP

Endlich Spielstraße!

In Ottersleben ist am 6. März der Wallnussweg zur Spielstraße erklärt worden. Hierfür hat sich der Verein Bürger für Ottersleben, in dem sich auch viele CDU-Mitglieder wie Andreas Schumann MdL und Ronni Krug engagieren, lange eingesetzt. Dies war dringend geboten, da es in der entsprechenden Straße keine Gehwege gibt. Ein echter Zugewinn für die Bürger!

Rainer Kuhn

Andreas Schumann MdL und Ronni Krug vor dem neu aufgestellten Schild

Fotos: Matthias Lischke, Bürger für Ottersleben